

NEUESTE NACHRICHTEN

Mittwoch, 22. März 2017

Badische Presse

72. Jahrgang · Nr. 68 · Ausgabe Karlsruhe

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | Titel | 22.03.2017 | Seite 1

Mentrup erwartet breiten Protest

Karlsruhe (tw). Angesichts der geplanten rechtsextremen Großdemo am 3. Juni in Karlsruhe setzt OB Frank Mentrup (SPD) auf einen breiten und friedlichen Protest der Bürger. Gestern überreichte das „Netzwerk gegen rechts“ dem OB rund 9 000 Protestunterschriften gegen die Demo, hinter der im wesentlichen die rechtsextreme Partei „Die Rechte“ steht. **OB Mentrup dämpfte allerdings die auch in der Petition geäußerte Hoffnungen, die Stadt könne die Kundgebung mit juristischen Mitteln verhindern.** n Lokales

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | KARLSRUHE | 22.03.2017 | Seite 17

„Klares Signal der Stadtgesellschaft“

Netzwerk übergibt Unterschriften gegen Neonazidemo / OB sieht juristische Möglichkeiten begrenzt

Von unserem Redaktionsmitglied Theo Westermann

Als Andreas Brieger vom DGB Frank Mentrup den Ordner mit Unterschriften gegen die geplante Demonstration von Rechtsextremisten am 3. Juni in Karlsruhe überreichte, war die Liste praktisch schon veraltet. „Stündlich werden es mehr Unterschriften“ so Brieger. Gestern Morgen hatten bereits 9 000 Menschen bei der Onlinepetition unterschrieben. Mit den Unterschriften verbinden sie die Hoffnung, dass die Stadt alles Mögliche tut, um die Demonstration zu verhindern. Dies ist auch die Intention des „Netzwerk Karlsruhe gegen rechts“, das zur Zeit für ein großes Bündnis am 3. Juni trommelt. Briegers Ziel: „Wir wollen einen kreativen und friedlichen Protest.“ Die Antwort des Oberbürgermeisters, der gestern am Eingang des Rathauses die Unterschriften entgegennahm, war zweigeteilt. Einmal betonte er die politische Ebene, einmal die juristische, sprich die Handlungsmöglichkeiten der Stadt. Der OB sagte zu Brieger: „In der Sache sind wir uns ja einig. Es ist eine berechnete Forderung des demokratischen Lagers, dass Rassisten nicht demonstrieren dürfen“. **Aber juristisch sei dies eben schwierig. „Wenn die, die die Demo anmelden, sich an die Regeln halten, dann haben wir juristisch keine Möglichkeiten“.**

Der OB erinnerte an die Rechtsextremistendemo Pfingsten 2013, als die Stadt bereits im Vorfeld gerichtlich gescheitert war. Dann aber hatte sie aus Sicherheitsgründen diese Demo doch noch verboten und damit vor Gericht später eine Schlappe erlitten. „Natürlich ist die Demonstration eine Provokation in der Stadt des Rechts, wir müssen es aber akzeptieren, dass diese möglich ist“, so der OB gestern. Wichtig sei ihm nun ein klares Signal der Stadtgesellschaft. Am kommenden Dienstag ist eine Besprechung beim DGB in dieser Sache geplant. **Mentrup war in den vergangenen Wochen von Linksautonomen attackiert und teils diffamiert worden.** Mentrup hatte gesagt, dass er die Bürger nicht zu Formen des zivilen Widerstands auffordern werde, die strafrechtliche Folgen nach sich ziehen.

Viele Dinge in Sachen 3. Juni sind noch unklar. Klar ist, dass die Demonstration bereits angemeldet wurde und dass die den sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ tragende Partei „Die Rechte“ Durlach als den Ort der Demonstration auserkoren hat. Ende März soll ein erstes sogenanntes Kooperationsgespräch zwischen Stadt und Veranstalter stattfinden. Jenseits seiner grundsätzlichen Kritik an der Demo hält Mentrup Durlach als Standort für die Großdemo, zu der bis zu 1 000 Rechtsextremisten erwartet werden, prinzipiell für geeignet. Bekanntlich findet am gleichen Tag in der Innenstadt schon der Christopher Street Day statt.

Unterdessen hat „Die Rechte“ vor einigen Tagen bei einer Veranstaltung in Dessau für die Demonstration in Karlsruhe getrommelt. In einer den BNN vorliegenden Erklärung der Partei heißt es wörtlich: „Am 3. Juni alle zusammen nach Karlsruhe!“. Man wolle gemeinsam ein Zeichen „im verloren geglaubten Baden-Württemberg setzen“.

n Kommentar



VOR DEM RATHAUS übergab Andreas Brieger (links) vom DGB Oberbürgermeister Frank Mentrup den Aktenordner mit rund 9 000 Unterschriften. Die Onlinepetition verzeichnet zudem laufend weitere Unterschriften. Foto: jodo

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | KARLSRUHE | 22.03.2017 | Seite 17

Noch Zeit

Kommentar

Es ist keine kommode Lage, in der sich der OB wegen der für 3. Juni angekündigten Neonazidemo befindet. Aber da Personalisierung in dieser Lage nicht weiterhilft, darf man getrost sagen, nicht der OB alleine, sondern die ganze Stadt ist in einer unbequemen Position. Natürlich ist die großspurige Ankündigung der Rechtsextremisten eine gegen alle gerichtete Provokation. **Dass manche Linksautonomen nun mit Frank Mentrup eine Art Sündenbock personalisieren, fällt ausschließlich auf jene Kreise zurück.** Diese Demonstration ist eine Provokation der Stadtgesellschaft, die eine Antwort darauf suchen muss. Entscheidend ist die Frage, wie reagiert Karlsruhe? Ein großer, kreativer, friedlicher und kluger Protest soll es sein, so ist der Wunsch des OB, so ist der Wunsch sicher ganz vieler Menschen und Gruppen, nicht zuletzt natürlich des Netzwerks gegen Rechts. Viele wollen die Demonstration auch grundsätzlich verhindern. Hier legt der OB aber den Finger in die Wunde, und dies muss im Vorfeld geklärt sein: Wenn die Demonstration zulässig ist, wenn Regeln und Auflagen eingehalten werden, dann wird sie nicht zu verhindern sein. Dann muss eine Demokratie das ertragen, sozusagen als Preis einer weit gefassten Freiheit für alle. Eine Aufforderung zum Rechtsbruch ist mit ihm nicht zu machen, das hat der OB klargemacht. Wenn die Karlsruher Polizei, die sich auf einen richtig großen Einsatz vorbereitet, gezwungen wäre, das Demonstrationsrecht auch durchzusetzen, wäre etwas schiefgelaufen. Noch ist viele Wochen Zeit, eine derartige Konfrontation zu verhindern. Theo Westermann

#####

Dazu zwei Fragen von Dietrich Schulze 22.03.17

- Warum haben die BNN beim OB nicht nachgefragt, welche Ergebnisse die juristische Prüfung der von der VVN-BdA am 6. März dargelegten Verbotgründe aufgrund von präzise ermittelten Nazi-Profile ergeben haben?
- Warum wiederholen die BNN die Behauptung, dass OB Mentrup von Linksautonomen attackiert und teils diffamiert worden sei? Die Klage von OB Mentrup gegen die diffamierenden Plakate hat bisher keine Verursacher zu Tage gefördert.